

Presseerklärung

EI Salvador: Das Parlament muß die Arbeit der PDDH unterstützen, nicht untergraben

amnesty International gab heute folgende Erklärung ab: Die gesetzgebende Versammlung muss die Verantwortung für die institutionelle Krise der Behörde des Menschenrechtsbeauftragten (Procuraduría para la Defensa de los Derechos Humanos – PDDH) übernehmen und sofortige Maßnahmen zur Sicherstellung der Glaubwürdigkeit und Wirksamkeit der Institution ergreifen.

In einem Brief an den Parlamentspräsidenten hat die Menschenrechtsorganisation ihre tiefe Besorgnis über die Krise der Institution zum Ausdruck gebracht, die sie als Eckstein der Friedensverträge betrachtet und der sie eine grundlegende Bedeutung für die Weiterentwicklung der salvadorianischen Gesellschaft beimisst.

Die Organisation erklärte: "Die Krise der PDDH hat offensichtlich ein Vakuum in den Mechanismen zum Schutz der Menschenrechte geschaffen. Sie droht diese Institution zu untergraben, deren Schaffung von großen Hoffnungen für die Zukunft der Menschenrechte begleitet war."

In den letzten 15 Monaten hat amnesty International eine Verschlechterung der Arbeit der PDDH festgestellt, sowohl in quantitativer wie in qualitativer Hinsicht, wie auch hinsichtlich der Wahrnehmung der Institution durch die Bevölkerung. Dies rührt nach der Meinung der Organisation vor allem von wiederholten Verzögerungen der Ernennung eines neuen Amtsinhabers her, die nach dem Ende des Mandats von Dr. Victoria Marina de Avilés zu beobachten war.

"Diese Verzögerungen bei der Ernennung eines neuen Menschenrechtsbeauftragten scheinen vom übermäßigen Einfluss maßgebender politischer Kreise auf das Auswahlverfahren herzurühren, was dem Geist und dem Buchstaben des Gesetzes zur Bildung der Institution widerspricht," sagte die Organisation.

Sie fügte hinzu: "Durch diese lange Verzögerung bei der Wahl eines neuen Amtsinhabers hat das Parlament das salvadorianische Volk im Stich gelassen, vor allem diejenigen, die besonders auf den Schutz der PDDH angewiesen sind." Sie bedauert den Verlust an Zeit und Ressourcen, die mit der Bildung von Kommissionen, bei Sitzungen und Diskussionen und beim Erreichen von angeblichen Vereinbarungen verschwendet worden waren, die bisher zu keiner Entscheidung geführt haben.

"Es ist an der Zeit, dass sich das Parlament mit Nachdruck der Lösung des Problems annimmt, damit die Institution ihre außerordentlich wichtige Arbeit zur Verteidigung der Menschenrechte fortzusetzen kann."

In ihrem Brief drängt amnesty International das Parlament unter anderem, Nicht-Regierungsorganisationen an der Suche nach einer Lösung für die gegenwärtigen Krise und an der Findung von geeigneten Kandidaten für den Posten zu beteiligen. Bei der Wahl des neuen Amtsinhabers müssen die erforderlichen Voraussetzungen, die in einem Gesetz festgelegt sind, eingehalten werden, die die Kandidatur von führenden Parteipolitikern ausschließen. Ein endgültiges Datum für die Wahl des neuen Menschenrechtsbeauftragten muss festgelegt und eingehalten werden.

Allgemeine Hintergrundinformation

Unter der Leitung der beiden ersten Menschenrechtsbeauftragten konnte die PDDH die ihr übertragene Aufgabe immer besser erfüllen, nämlich über den Schutz, die Förderung und die Menschenrechtserziehung zu wachen und sicherzustellen, dass sie in keiner Weise eingeschränkt werden. Sie gewann an Gewicht und Glaubwürdigkeit, und erfreute sich höchsten Ansehens und Vertrauens bei der Bevölkerung. Auch international wurde die Seriosität und Qualität ihrer Arbeit anerkannt.

Das Datum, an dem das Mandat von Dr. de Avilés endete, war bekannt und ihr Nachfolger hätte zu diesem Zeitpunkt bereits bestimmt sein müssen, um die Kontinuität der Arbeit der Institution fortzusetzen, es sei denn, sie sollte wiedergewählt werden. Das Gesetz über die PDDH bestimmt in Art. 15: "Der stellvertretende Menschenrechtsbeauftragte führt die Geschäfte bis zur Wahl eines neuen Amtsinhabers." Diese Bestimmung wurde im Mai 1998 durch das Parlament auf Initiative der

Regierungspartei ARENA und von zwei Minderheitsparteien geändert. Die genannte Bestimmung wurde aufgehoben, was schließlich zum Rücktritt des damaligen Stellvertreters führte. Präsident Armando Calderón Sol stellte sich dieser Gesetzesänderung nicht entgegen. Dadurch war die PDDH ab Anfang Mai ohne Leiter.

Erst am 2. Juli 1998 wählte das Parlament Eduardo Peñate Polanco zum neuen Menschenrechtsbeauftragten und diese Wahl wurde am 30. Juli bestätigt. Seine Ernennung stieß von Anfang an auf Schwierigkeiten, weil seine Eignung für das Amt in Frage gestellt wurde. In den folgenden 19 Monaten verschlechterte sich die Situation zusehends, bis die PDDH internationale Unterstützung verlor. Nach langem Hin und Her, in dessen Verlauf auch zivile Organisationen die Absetzung des Menschenrechtsbeauftragten verlangten und eine parlamentarische Untersuchung eröffnet wurde, trat Eduardo Peñate am 8. Februar 2000 zurück. Seither führt der Stellvertreter, Marcos Valladares, die Geschäfte. Die Institution befindet sich weiterhin in einem Zustand der Stagnation und verliert an Glaubwürdigkeit.

Übersetzung: El Salvador-Koordinationsgruppe

Verbindlich ist das spanische Original: EL Salvador: Asamblea Legislativa debe apoyar, no socavar, a la PDDH. AI-Index AMR 29/005/2001, 15. Mai 2001

Wenn Sie weitere Informationen wünschen, wenden Sie sich bitte an

amnesty international
El Salvador-Koordinationsgruppe
Potfach 7123
71317 Waiblingen
Tel. 07151-28289
Fax: 07181-43987
E-mail: c-r-goehring@t-online.de

Oder an
amnesty international
- Pressestelle -
53108 Bonn

☎ + 49 - (0)228 - 98373-306 / - 0
📠 + 49 - (0)228 - 630036
E-Mail: presse@amnesty.de
Internet: www.amnesty.de